



Bild: Mareycke Fehner

Noch mischt sich die nationale Politik nicht in den Sprachenunterricht der Kantone ein. Doch sie steht bereit zum Handeln.

St. Galler Tagblatt, 11.10.2014

Poker um Frühfranzösisch

Die Pflicht zum Frühfranzösisch findet Unterstützung in der Bildungskommission des Nationalrats. Zu knapp, um jetzt eine Initiative zu starten. Aber gut als Druckmittel auf die EDK.

DENISE LACHAT

BERN. Im Streit um Frühfranzösisch gingen gestern erneut die Wogen hoch, diesmal im Sitzungszimmer 286 des Bundeshauses, wo die Bildungskommission (WBK) des Nationalrats tagte. Kommissionspräsident Mathias Aebischer (SP/BE) berichtete im Anschluss von wütenden Kommissionsmitgliedern und einer sehr heftigen Debatte, die schliesslich mit einem Nullentscheid endete. «Der Entscheid, auf eine Abstimmung zu verzichten, fiel in den letzten fünf Sitzungsminuten», sagte Aebischer.

EDK bat «innigst» um Abstand

Die Kommission hat sich also weder für noch gegen eine Kommissions-Initiative, mit der die Kantone für eine gemeinsame Linie verpflichtet worden wären, ausgesprochen. Mit anderen Worten: Die nationale Politik mischt sich vorderhand nicht direkt in die Auseinandersetzung um den Fremdsprachenunter-

richt an der Volksschule ein. Aebischer machte aber klar, dass sich dies rasch ändern könnte. Denn etliche Kommissionsmitglieder hätten sich sehr besorgt gezeigt über die Entwicklung. In jüngster Zeit haben sich drei Kantone aus dem Sprachenkompromiss der Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) verabschiedet: Schaffhausen, Nidwalden und der Thurgau sind auf dem Weg zu Primarschulen ohne Französischunterricht. Die EDK hingegen hatte sich darauf geeinigt, dass in der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet werden müssen, wobei eine davon eine Landessprache sein soll. Dies lässt den Deutschschweizer Kantonen die Freiheit, selbst über den Zeitpunkt der Einführung von Französisch und Englisch zu entscheiden, vorausgesetzt, die Einführung findet auf Primarschulstufe statt; in der Westschweiz ist der Vorrang von Deutsch vor Englisch ohnehin unbestritten. Die Kommission sei von der EDK während der

vorangehenden Hearings «innigst» darum gebeten worden, auf ein Eingreifen zu verzichten, berichtete Aebischer.

WBK will «Nägel mit Köpfen»

Der Berner machte aber im gleichen Atemzug klar, dass die Nationalräte nicht mehr lange zuschauen wollen. Spätestens Ende Oktober, wenn die EDK ihre Jahresversammlung abhält, erwarte die Kommission einen klaren Entscheid der Kantone. Aebischer: «Dann muss die EDK Nägel mit Köpfen machen.» Tut sie dies nicht, will die Kommission noch in der Dezembersession eine Kommissions-Initiative einreichen. Man warte nicht bis im nächsten Sommer, denn bis dahin könnten noch weitere Kantone aus dem Sprachenkompromiss ausscheren. Bis im Sommer 2015 müssen sich die Kantone auf die Umsetzung von HarmoS einigen; dies ist auch der früheste Zeitpunkt für ein Eingreifen des Bundes, wie Bildungsminister Alain Ber-

set (SP) bereits klargemacht hat. Die beiden Motionen, die der Kommission vorlagen, stammen von Nationalrat Jean-François Steiert (SP/FR) und Kathy Riklin (CVP/ZH). Sie fordern, dass zwei Jahre vor Ende der Primarschulzeit eine zweite Landessprache gelehrt werden muss. In der Praxis bedeutet dies, dass Frühenglisch und Frühfranzösisch beibehalten werden können. Jene, die mit der Überforderung der Primarschüler argumentieren, könnten so zwar eine Fremdsprache auf die Oberstufe verlegen, es müsste aber zwingend Englisch sein. Steiert und Riklin haben für ihre Position eine Kommissionsmehrheit ausgemacht. Allerdings ist sie so knapp, dass Riklin es als schlechtes Signal empfunden hätte, damit eine Initiative zu starten.

Zwei weitere Anträge wurden während der Sitzung eingereicht. Der eine geht weiter als der EDK-Kompromiss. Der andere geht zugunsten von Englisch dahinter zurück.